



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2014/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 18. September 2014, 18:00 - 19:45 Uhr
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen
Vorsitz	Bolliger Renate (EVP) _____ 1
Mitglieder	Blaser Peter (SP) Burckhardt Andreas (Grüne) Burkhalter Hans Rudolf (Grüne) Grossniklaus Bruno (SP) Kehrli Rudolf (SP) Mahler Rudolf (SP) Nova Colette (SP) Ögüt Hasan (SP), Thomann Andreas (SP) Thomann Thulani (SP) Zeyer Priska (parteilos) _____ 11 Hausammann Hans Rudolf (SVP) Hess Rudolf (SVP) Hirsiger Ernst (SVP) Schneiter Roger (SVP) ab 18.20 Uhr Studer Martin (SVP) Weber Marlis (parteilos) Zaugg Gerhard (SVP) Zysset Walter (SVP) _____ 8 Fels Silvia (EVP) Wagner Peter (EVP), Wagner Rahel (EVP) _____ 3 Hubschmid Roger (FDP) Weibel Tobias (FDP) _____ 2 Rüfli Roland (FORUM) Schaller Esther (FORUM) _____ 2 Alberucci Luca (GPL) Gasser Melanie (GLP) _____ 2 Löhner Sandra (CVP) Rippstein Eduard (CVP) _____ 2 Total anwesend <u>31</u>

Mitglieder Gemeinderat

Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aiki (SVP), Schoop Henrik (FDP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara

Protokoll	Kumli Jürg, Ratssekretär
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (FORUM), Burri Simon (SVP), Friedli Hans Peter (SVP), Hubschmid Roger (FDP), Luyet Cédric (GLP), Müller Lucia (SVP), Werner Michael (FDP) und Zeyer Christian (SP) Mitglied Gemeinderat: Unteregger Schütz Regula (SP)
Gäste	Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM): Meyer Stalder Isabelle und Krähenbühl Renato

TRAKTANDEN

51.	Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Ein Blick hinter die Kulissen.....	143
52.	Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen / Finanzierungsschlüssel; Genehmigung Fragebogen zur Vernehmlassung.....	144
53.	Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 3. Juli 2014; Genehmigung	146
54.	Reglement über die Tagesschulen; Genehmigung der Teilrevision	147
55.	Externe Kindertagesstätte; Genehmigung eines Nachkredites	148
56.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	150
57.	Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	153
58.	Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	155
59.	Motion FDP-Fraktion betreffend mehr KITA-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in der Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen;	

parlamentarischer Neueingang.....	159
60. Motion FDP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/ Schule/Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern parlamentarischer Neueingang.....	160
61. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Vernetzung von Angeboten für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren zukünftige Standorte; parlamentarischer Neueingang.....	161
62. Einfache Anfrage FDP-Fraktion betreffend bevorstehende Bauvorhaben auf den heutigen Fussballplätzen Oberfeld; parlamentarischer Neueingang.....	162

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2014. Ich heisse auch die Vertreter der Presse und die anwesenden Zuschauer herzlich willkommen. Danke für das Interesse am Geschehen im Rat. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Es sind 30 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Luca Alberucci (GLP) und Peter Wagner (EVP) nehmen neu bzw. wieder im Parlament Einsitz.
2. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion konnte immer noch keine Nachfolgerin bzw. keinen Nachfolger für Jakob Weishaupt anmelden. Der Sitz bleibt bis auf Weiteres vakant.
3. Auf den Tischen wurde verteilt:
 - ① Jahresbericht 2013; Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)
 - ① Flyer RKBM: "Regional verbinden. Lokal gewinnen."
 - ① Vorankündigung Agglomerationstagung 2014
 - ① Flyer „Remember 3072“ - die grösste Klassenparty der Schweiz
4. Die nächste Sitzung findet terminplanmässig am **23. Oktober 2014** statt.
5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant „National - La Favorita“.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 54: - „Reglement über die Tagesschule; Genehmigung der Teilrevision“ entfällt.

Traktandum Nr. 59: - „Orientierungen des Gemeinderates“ entfällt.

Parlamentarische Neueingänge

Diese Vorstösse sind heute Abend eingereicht worden:

- Motion FDP-Fraktion betreffend mehr KITA-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in der Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen
- Motion FDP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/Schule/Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern
- Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Vernetzung von Angeboten für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren zukünftige Standorte
- Einfache Anfrage FDP-Fraktion betreffend bevorstehende Bauvorhaben auf den heutigen Fussballplätzen Oberfeld

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Anpassungen stillschweigend genehmigt.

10.14.40 Regionalkonferenz Bern-Mittelland

51. Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Ein Blick hinter die Kulissen

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Heute Abend haben wir die Gelegenheit, die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) besser kennenzulernen. Frau Isabelle Meyer Stalder und Herr Renato Krähenbühl gewähren uns Einblick hinter die Kulissen der RKBM.

Krähenbühl Renato (Vizepräsident RKBM): Ich darf euch Frau Isabelle Meyer Stalder, die Geschäftsführerin der Regionalkonferenz Bern Mittelland, vorstellen. Sie führt die Drehscheibe bzw. sämtliche Geschäfte der RKBM.

Ich selber bin Vizepräsident der RKBM und gleichzeitig Gemeindepräsident von Rubigen. Ich bin heute Abend hier, da der Präsident gleichzeitig eine andere Verpflichtung zu erfüllen hat.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation kann ich dem Parlament die wichtigsten Fakten vorstellen. Des Weiteren wurde auf den Ratstischen der Jahresbericht 2013 und der Flyer "Regional verbinden. Lokal gewinnen." verteilt.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Ich möchte dem Parlament die Möglichkeit für Fragen geben. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich möchte Frau Isabelle Meyer Stalder und Herrn Renato Krähenbühl bestens für die Vorstellung der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) danken.

----- **A p p l a u s** -----

1)

¹ Roger Schneiter (SVP) nimmt ab 18.20 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind 31 Ratsmitglieder anwesend.

15.3.12 Beiträge an kulturelle Institutionen der Stadt Bern

52. Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen / Finanzierungsschlüssel; Genehmigung Fragebogen zur Vernehmlassung

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion stimmt der Antwort des Gemeinderates an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland zu.

Wir erachten die Höhe der Unterstützungsbeiträge insgesamt als moderat. Dass einzelne Kulturinstitutionen einen viel höheren Beitrag bräuchten und diesen auch beantragt haben, ist nachvollziehbar. Es ist leider immer noch so, dass sehr viele Künstlerinnen und Künstler finanziell nicht auf Rosen gebettet sind und ihren Lebensunterhalt „patchworkartig“ verdienen müssen. Gute Kulturangebote haben ihren Preis. Sie sind für die Gesellschaft wichtig, tragen sie doch Wesentliches zur geistigen und seelischen Volksgesundheit bei. Aber, dass auch die öffentliche Hand bei ihren finanziellen Möglichkeiten an ihre Grenzen stösst, ist nicht neu.

Nach Ansicht der EVP-Fraktion hat die Kommission Kultur der RKBM sorgfältig evaluiert und die richtigen Schlüsse gezogen. Die ausgewählten Kulturinstitutionen sind ihrer Art nach vielfältig und decken wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung ab. Es ist zudem richtig, dass der Abschluss eines Leistungsvertrags mit der Mühle Hunziken in Rubigen von der Situation bezüglich Rechtsstreitigkeiten abhängig gemacht wird. Hier müssen klare Bedingungen und Grundlagen für den Betrieb vorliegen.

Ostermundigen zahlt mit dem neuen Finanzierungsschlüssel rund Fr. 27'000.-- weniger als in der vorangehenden Periode 2012 - 2015. Allerdings basiert der Betrag gemäss FILAG 2014 noch auf einer Bevölkerungszahl von 15'626 Einwohnerinnen und Einwohnern. Aufgrund der rasch voranschreitenden Bevölkerungsentwicklung wird Ostermundigen in Zukunft höhere Beiträge leisten müssen. Dazu kommen noch die Fr. 3.10 pro Einwohner an den Finanz- und Lastenausgleich. All dies ist im Finanzplan zu berücksichtigen und wird sich auf die zukünftigen Jahresrechnungen auswirken.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Geschäft inkl. Vernehmlassungsantwort auseinander gesetzt. Wir unterstützen das Geschäft. Wenn wir an die Gemeindefinanzen denken, würden wir lieber nicht an die RKBM einzahlen (oder nur die Hälfte). Doch das geht nicht und wir müssen und wollen die Kultur unterstützen. Also beissen wir in den sauren Apfel.

Raphael Rutschi (FDP): Die FDP.Libérale-Fraktion kann das Geschäft ebenfalls unterstützen. Die Beitragserhöhungen sind moderat ausgefallen. Mir ist noch etwas unklar:

- Wie sind die Fr. 3.10 im FILAG berechnet?
- Kann die Gemeinde Ostermundigen hier Einfluss nehmen oder wird der Betrag vom Kanton festgelegt?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Besten Dank für die Unterstützung des Geschäftes.

Der Frage von Raphael Rutschi kann ich anfügen, dass letztendlich der Regierungsrat über die Beitragshöhen entscheiden wird.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Die Geschäftsprüfungskommission wünscht eine allgemein verständlichere Formulierung des gemeinderätlichen Beschlusses. Der neue Beschlusstext als **Änderungsantrag der GPK** wird auf Seite 62 des GPK-Protokolls vom 10. September 2014 festgehalten. Ich zitiere den korrigierten Beschlusstext wie folgt:

Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM): Leistungsverträge 2016 - 2019 mit den Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung; Eckwerte und Finanzierungsschlüssel

- a. *Den Beitragshöhen für die Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung in der Vertragsperiode 2016 - 2019 wird zugestimmt.*
- b. *Dem Finanzierungsschlüssel wird zugestimmt.*

Abstimmung

Der Änderungsantrag der GPK wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Die GGR-Mitglieder fassen einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM): Leistungsverträge 2016 - 2019 mit den Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung; Eckwerte und Finanzierungsschlüssel

- a. Den Beitragshöhen für die Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung in der Vertragsperiode 2016 - 2019 wird zugestimmt.
- b. Dem Finanzierungsschlüssel wird zugestimmt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

53. Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 3. Juli 2014; Genehmigung

Rahel Wagner (EVP): Ich habe eine Anmerkung zu meinem Votum auf Seite 124/125. Meine Aussage ist dahingehend zu korrigieren:

Dass wir hier offene Türen einrennen, ist ja schön. Aber wir haben fast zwei Jahre mit unserer Motion zugewartet und vom Gemeinderat in dieser Sache nichts mehr gehört. Es wäre deshalb gut gewesen, wenn der Gemeinderat das Parlament darüber informiert hätte, dass er an der Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglementes arbeitet.

Andreas Thomann (SP): Ich habe zwei kleine Anmerkungen zu meinem Votum auf den Seiten 108/109:

- Richtigstellung auf Seite 108 - 2. Abschnitt

Die Mitgliederversammlung der SP Ostermundigen hat am 25. April 2013 dem Initiativkomitee...

- Seite 109 - Votum auf Tonband nicht mehr verständlich

... Diese Zahlen haben bestätigt, dass sich Investitionen in Kindertagesstätteplätze für die Gemeinden lohnen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich habe eine Berichtigung zu meinem Votum auf Seite 106: An den genauen Wortlaut meiner Aussage kann ich mich auch nicht mehr erinnern. Sinngemäss habe ich mich wie folgt geäussert:

Den vom Gemeindepräsidenten erwähnten Spannungsfelder möchte ich noch ein weiteres beifügen. Ich möchte auf das Spannungsfeld "Regionalkonferenz" mit dem Projekt "Boden gutmachen" hinweisen, welches explizit die Erschliessung neuer Baufelder zum Ziel hat. Wenn durch das Parlament gewünscht wird, das geplante, bevölkerungsmässige Wachstum der Gemeinde ohne die Einzonung neuer Grünflächen zu erreichen und verdichtet zu bauen, befinden wir uns auf Kollisionskurs mit dem Ziel der Regionalkonferenz.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zum vorliegenden Protokoll Nr. 3 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 3 der Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 3. Juli 2014 wird mit den vorerwähnten Änderungen genehmigt.

13.5.04 Tagesschulen

54. Reglement über die Tagesschulen; Genehmigung der Teilrevision

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Das Geschäft wurde vom Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport an der Geschäftsprüfungskommission vom 10. September 2014 zurückgezogen.

63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

55. Externe Kindertagesstätte; Genehmigung eines Nachkredites

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Priska Zeyer (parteilos): Die Fraktion der SP/Grünen wird dem Antrag selbstverständlich zustimmen.

① Welches sind unsere Überlegungen?

Neue Kindertagesstätteplätze zu schaffen, ist klar in unserem Sinn. Absolut zentral ist aber, dass es bei diesem Geschäft lediglich zu einer Umverteilung gekommen ist, da das Geld ja ursprünglich für die Tageskinderbetreuung eingeplant war. Es können deshalb insgesamt auch nicht mehr Kinder betreut werden wie bisher, die Warteliste bleibt gross.

① Warum kam es überhaupt zur Umverteilung?

Als Präsidentin des Elternvereins arbeite ich eng mit dem Jugendamt zusammen, unser Verein ist Arbeitgeber der Tageseltern und aus diesem Grund habe ich persönlich direkt mit dem Thema zu tun.

Die Betreuungsstunden bei den Tageseltern sind in den vorherigen Jahren nur leicht angestiegen, mit normalen Schwankungen. Für das 2013 hat es sich dann abgezeichnet, dass bedeutend mehr Stunden vermittelt werden könnten, weil endlich auch neue Tagesmütter angestellt werden konnten. Demzufolge wurde bei der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) eine Erhöhung der Stunden beantragt und diese wurde auch bewilligt.

Im Jahr 2013 wurde dann der zweijährige Kindergartenbesuch ab 4 Jahren eingeführt und dieser hatte direkt Auswirkungen auf die Tagesbetreuung.

Es zeigte sich, dass nicht wenige Kinder, die bis dahin von Tageseltern betreut wurden, in einer Tagesschule angemeldet wurden und darum konnten die geplanten Stunden für die Tagespflege nicht mehr vermittelt werden. Aus diesem Grund hat die Gemeinde daraufhin einen Teil der Betreuungsstunden in vier Kindertagesstätteplätze umgewandelt.

Diese Umverteilung macht auf jeden Fall Sinn und darüber stimmen wir heute ja auch ab. Es geht heute um eine Umverteilung der Kosten von einem Konto auf ein anderes.

Aus diesem Grund werden wir, wie schon zu Beginn gesagt, diesem Antrag zustimmen.

Stimmzähler Gerhard Zaugg (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft ebenfalls zu. Mir stellt sich noch eine Frage zu Seite 2 der Botschaft:

Im Kostenvoranschlag ist von einem Loch von Fr. 85'000.-- die Rede. Im Kapitel "Finanzierung" ist erwähnt, dass in der Tagespflege Fr. 99'000.-- eingespart werden können.

① Wieso können diese beiden Beträge nicht miteinander verrechnet werden?

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Besten Dank für die zwei Voten. Meine Antwort zur Frage von Gerhard Zaugg (SVP):

Eine Umbuchung von einem Konto auf das andere ist im Lastenausgleich nicht möglich. Für die Betreuung haben wir die Ermächtigung erhalten.

Im Gemeindebudget wird nach den Konti "Tagespflege" und "Kindertagesstätte" abgerechnet.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Über den Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission hat das Parlament zu befinden. Ich lese den korrigierten Beschlusstext nochmals vor:

Für externe Kindertagesstätteplätze wird für das Jahr 2014 ein Nachkredit in der Höhe von CHF 85'000.00 (zulasten Konto Nr. 861.365.10 - Beiträge) genehmigt.

Abstimmung

Der Änderungsantrag der GPK wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Die GGR-Mitglieder fassen einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Für externe Kindertagesstätteplätze wird für das Jahr 2014 ein Nachkredit in der Höhe von CHF 85'000.00 (zulasten Konto Nr. 861.365.10 - Beiträge) genehmigt.

10.3.72 Motionen
10.11.23 Postzustelldienst

56. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Peter Blaser (SP): Für uns Motionäre ist es natürlich sehr erfreulich, dass der Gemeinderat - vorab der Gemeindepräsident - die Motion als erheblich einstuft und dieses Anliegen mit der Post verhandeln will.

Es ist sicher eine Illusion, daran zu glauben, dass die Post, auch wenn die Bevölkerung in Ostermundigen in den nächsten Jahren weiter anwachsen wird, jemals wieder eine zweite Poststelle mit einem vollen Dienstleistungsangebot eröffnen wird. Darum ist es für Ostermundigen wichtig, dass im Rahmen des Service Public die Poststelle mittelfristig möglichst ins Ortszentrum verlegt wird.

Noch ein paar Fakten, warum die Verlagerung vollzogen werden sollte:

- Nach der Schliessung der Poststelle Ostermundigen 2, welche eigentlich im Zentrum von Ostermundigen angesiedelt war, aber auch nach der Aufhebung der Selbstbedienungspoststelle im Rütiquartier und der gleichzeitigen Wiedereinführung der Hauszustellung nach fast 40 Jahren, die zwar von einer Mehrheit der Haushalte des Rütiquartiers gewünscht wurde, können wichtige Postdienstleistungen nur noch bei der Poststelle am Ortsrand zur Stadt Bern erledigt werden.
- Es ist jetzt aber offensichtlich so, dass recht viele OstermundigerInnen aus dem östlichen Ortsbereich, aus genannten Gründen in der vorliegenden Motion, nicht die verbleibende Poststelle in Anspruch nehmen, sondern jetzt mit dem Auto nach Stettlen oder zu anderen Poststellen fahren, um ihre Postgeschäfte zu erledigen.
- Klar, eine Umlagerung dieser Poststelle ins Zentrum von Ostermundigen hat auch Verlierer zur Folge. Vorwiegend für Leute aus den angrenzenden Quartieren der Stadt Bern.
- Aber im Gesamtinteresse einer grossen Mehrheit der Ostermundiger Bevölkerung und vielen KMU-Betrieben muss oder müsste diese Poststelle ins heutige Zentrum von Ostermundigen verlegt werden.

Ich bitte den Rat, diese Motion zu überweisen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion wird der vorliegenden Motion zustimmen. Ich möchte dem Gemeinderat noch ein paar Gedanken mit auf den Weg geben:

- Wir wollen keine Grossstadt-Region werden. Die Bewohnenden des Baumgartenquartiers benutzen die Post Ostermundigen. Auch die Bevölkerung aus dem Robinson- sowie dem Dennigkofenquartier profitiert von der Post Ostermundigen. Diese Bevölkerungsgruppen

dürfen nicht abgehängt werden bzw. in die Poststelle des neuen Verwaltungszentrums umgeleitet werden.

- Der Gemeinderat soll die Führung einer Zweigstelle bei der Post Einverlangen bzw. prüfen lassen.

Silvia Fels (EVP): Als EVP-Fraktion können wir das Anliegen der Motionäre, einen „neuen Standort“ für die gerade erst umgebaute Poststelle 1 mit der Schweizerischen Post zu besprechen, nicht teilen. Immer mehr sieht man, dass Poststellen gerade in Bahnhofnähe gute Standorte sind, kommen die Leute doch mit dem Zug nach Hause und können so dann noch ihre Postgeschäfte erledigen.

Wenn das Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum dann aber in Planung geht und die Verantwortlichen der Post zum Schluss kommen, es brauche dank dem Personenzuwachs eine zweite Poststelle, würden wir es begrüßen, wenn der Gemeinderat offen ist, sich für das Anliegen Post in Ostermundigen stark zu machen und wenn nötig auf die Verantwortlichen zugeht.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion findet die Motion nicht so toll. Die Gründe der Motionäre können wir nachvollziehen. Als Bürger von Ostermundigen habe ich es auch bedauert, dass das Postamt 1 "Oberdorf" geschlossen wurde. Aber wir können den Fehler der Post nicht mit einem größeren Fehler korrigieren und die frisch renovierte Poststelle 1 - welche zentral gelegen ist - in das neue Verwaltungszentrum verlagern.

Das Grundanliegen der Gemeinde Ostermundigen muss es sein, mit der Post eine einvernehmliche Lösung anzustreben. D. h. das Dienstleistungsangebot in der Migros muss verbessert werden. Oder langfristig ist eine zweite Poststelle zu öffnen.

Das Postamt 1 wird auch von den Bürgern der Stadt sowie von den Kleingewerbebetrieben in den umliegenden Quartieren benutzt. Diese Postkunden dürfen nicht so ohne weiteres abgehängt werden.

Ich bitte den Rat, die Motion abzulehnen.

Raphael Rutschi (FDP): Die FDP.Liberale-Fraktion kann diesen konstruktiven Vorschlag in Form einer Motion unterstützen. Wenn die Luxuslösung von zwei Poststellen möglich ist, dann wäre dies umso besser.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die verschiedenen Voten zu diesem parlamentarischen Vorstoss. Wenn der Gemeinderat den Auftrag entgegen nimmt, werden wir das Anliegen bei der Post deponieren. Letztendlich wird die Post selbständig entscheiden, in welche Richtung die Verlagerung der Poststellen geht. Der Gemeinderat ist bei seinen Überlegungen davon ausgegangen, den Vorschlag der Motionäre entgegenzunehmen und mit den verantwortlichen Personen der Post das Anliegen zu diskutieren.

Silvia Fels (EVP) hat bereits erwähnt, dass die Post erst unlängst Sanierungsmassnahmen in die Poststelle 1 investiert hat.

In welche Richtung wollen wir unsere Dienstleistungen lenken? Mit der Post ist der Dialog zu suchen.

Bezüglich der Rückmeldung, dass der Gemeinderat eine zweite Poststelle fordern soll, wäre der alte Zustand eine Superlösung für die Gemeinde Ostermundigen. Ich glaube, dass das Rechnungsmodell der Post die Chancen für zwei Poststellen eher ausschliesst. Nichts desto trotz ist der Gemeinderat bereit, die vorliegende Motion entgegenzunehmen und mit den Verantwortlichen der Post die Diskussion zu eröffnen.

Zum Stichwort "Leistungsangebot Migros-Zentrum" möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Migros ein fixes Paket an Dienstleistungen zu erbringen hat. Zusätzliche Leistungen können von der Migros nicht erbracht werden. Doch auch diesen Hinweis werde ich mit den Postverantwortlichen gerne besprechen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich will nicht der Spielverderber sein! Die Überlegungen, die Poststelle 1 in Richtung Tellareal zu verschieben, ist für mich ein Schildbürgerstreich!

Rahel Wagner (EVP): Ich habe eine Frage an den Motionär: Kann die Motion nicht in ein Postulat umgewandelt werden? Einem Postulat kann die EVP-Fraktion zustimmen. Eine verbindliche Motion können wir jedoch nicht unterstützen.

Peter Blaser (SP): Der Gemeinderat hat mit der Post den Dialog aufzunehmen. Die Aussagen können keinen verbindlichen Charakter haben. Im Bereich des Bahnhofs ist es durchaus möglich, eine Postfiliale zu betreiben. Es gibt immer mehr Leute, die den Gang zur Poststelle per Bus vornehmen.

Ich will an der Motion festhalten. Für mich ist die Angelegenheit verbindlich. Der Gemeinderat soll sich bemühen, für die Bevölkerung von Ostermundigen die beste Lösung zu erwirken.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 17 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Verlagerung der Poststelle Ostermundigen 1 in ein künftiges Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum wird begründet, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
50.3.1.05 Gemeindewahlen

57. Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Hätten wir heute einen FDP-Gemeindepräsidenten, wenn eine Motion mit diesem Ziel vor ein paar Jahren eingereicht worden wäre? Die Antwort kennt nur der Wind und so wie die Sachen heute liegen, leben wir natürlich auch gut. Aber wir erinnern uns alle an die Vorgänge von vor zwei Jahren. Man kann von einem Kandidaten selbst dann nicht Kopf- und Kragen im Beruf verlangen, wenn es um das Gemeindepräsidium geht. So ist die Idee dieser Motion unter anderem ganz klar, dass die Kündigungsfrist der Kandidatinnen und Kandidaten um dieses Amt eingehalten werden können.

Des Weiteren denke ich, dass die gewonnene Zeit zwischen den Wahlen und Neujahr einem geordneteren Aufbau der Fraktion und Kommissionsmitgliedern zuträglich ist. Natürlich kann man auch bemerken, dass der Parlamentsbetrieb an den Ratssitzungen in dieser Zwischenzeit durch die nicht wieder Gewählten zum "Larifarietrieb" verkommen könnte. Ich weiss jedoch von einem solchen Fall aus einer anderen Gemeinde, wo der Betroffene extra nochmals Vollgas gegeben hat.

Andreas Thomann (SP): Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion. Dank der FDP.Liberale-Fraktion mussten nicht wir einen entsprechenden politischen Vorstoss einreichen. Wir haben die gleiche Situation bereits parteiintern diskutiert.

Ich kann da aus Selbsterfahrung sprechen. Es gibt nicht nur die, die gewählt werden und nachher das Ganze organisieren müssen. Es gibt auch die, die abgewählt werden und 14 Tage vor Jahresende das Leben neu organisieren müssen. Ich habe für das Gemeinderatsmandat mein Arbeitspensum reduziert. Für zukünftige Gewählte und Nichtgewählte wäre es wichtig, wenn wir hier eine bessere Lösung anbieten könnten.

Ich bitte den Rat, die vorliegende Motion zu unterstützen.

Rahel Wagner (EVP): Die vorliegende Motion wurde an unserer Fraktionssitzung rege diskutiert. Wir haben Vor- und Nachteile einer Vorverschiebung der Gemeindewahlen in den September abgewogen.

Der Bund hat die Abstimmungstermine für die nächsten Jahre bereits festgelegt. So werden die Gemeindewahlen im Jahre 2016 am 25. September stattfinden. Die Sommerferien enden in jenem Jahr am 14. August. Dass sich während den Sommerferien grosse Aktivitäten nicht lohnen, ist klar. Also bleiben noch 6 Wochen für den eigentlichen Wahlkampf. Der Herbstmärit, welcher jeweils in der 35. Woche stattfindet, fällt im Jahr 2016 auf den 3. September. Die-

ser Anlass bietet unbestritten die grösste Plattform für Wahlwerbung. Mit der Neuregelung würden nach dem Herbstmärkt gerade noch drei Wochen bis zur Wahl bleiben. Dies kann positiv wie auch negativ sein.

Für die Parteien müssten bei der Vorverschiebung der Wahlen die Vorbereitungsarbeiten bis zu den Sommerferien abgeschlossen sein. Das heisst, dass mit den ersten Planungen bereits im Herbst/Winter 2015 begonnen werden muss.

Für die GGR-Wahlen wäre eine Vorverschiebung unseres Erachtens nicht nötig. Jedoch sehen wir, dass es für Kandidierende in den Gemeinderat sowie für das Gemeindepräsidium von Vorteil ist, wenn sie ihre beruflichen Angelegenheiten frühzeitig regeln können.

Die EVP-Fraktion hat sich schliesslich doch für ein Ja zur vorliegenden Motion durchgerungen.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP-Fraktion betreffend Vorverschieben der Gemeindewahlen wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen
10.18.00 Allgemeines

58. Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank an dieser Stelle an den Gemeinderat und in die Verwaltung für die bereits geleistete Arbeit. Aus der Stellungnahme geht hervor, dass nicht alle Punkte wie gewünscht umzusetzen wären. Doch es zeigt sich deutlich, dass man sich bemühen würde, den Kontakt mit der Bevölkerung auch Online auf die Ebene zu bringen, welche dem Jahr 2014 entspricht.

Wenn alles gut geht, ist ab nächstem Jahr entlang der Bernstrasse einiges los in Sachen Bautätigkeiten. Twitter z. B. ist ein ideales Instrument, die Leute auch einmal mit einem Bild auf dem Laufenden zu halten oder ihnen bei einem Rohrbruch - man kann nie wissen - kurzfristig die Umfahrungsstrasse ans Herz zu legen. Für den Newsletter gilt dasselbe. Das Steinbruch-Telegramm auf der Website aufzuschalten, wäre bestimmt ein Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel ist stets, mit einem verhältnismässig kleinen finanziellen Aufwand soviel als möglich herauszuholen. Dafür ist das Internet eine gute Plattform.

Martin Studer (SVP): Die SVP-Fraktion kann die vorliegende Motion nicht unterstützen. Die Kosten und die Ressourcen werden da erheblich unterschätzt. Wer Facebook kennt, kennt momentan auch die geführten Diskussionen betreffend Tram Region Bern. Das Thema wird in den sozialen Medien sehr emotional geführt. Nicht alle sind der gleichen Meinung und dass darf auch so sein.

Die sozialen Medien bedingen eine personelle Betreuung. Was darf ich publizieren, was wird zensuriert etc. muss von Fachpersonen entschieden werden. Ich glaube nicht, dass es primäre Aufgabe der Gemeinde Ostermundigen ist, eine soziale Medienplattform anzubieten bzw. zu betreiben. Ich kann jedoch zustimmen, wenn der Gemeindepräsident via Twitter seine Sichtweise publiziert. Wir können auf eine überarbeitete Homepage zurückgreifen. Die Aktualisierung von wichtigen Themen könnte noch schneller vollzogen werden.

Die neuen Formen der Kommunikation (Facebook, Twitter etc.) sind für das Verwaltungspersonal gesperrt. Ich schlage vor, dass wer Lust und Laune hat, die entsprechenden Accounts selber löst und betreibt.

Silvia Fels (EVP): Als EVP-Fraktion unterstützen wir, dass es eine gute Informationsplattform geben muss, wo man sich erkundigen kann, was in der Gemeinde so alles läuft, wo man Antworten über Gemeinde und Verwaltungsfragen bekommt und wo man sich erkundigen kann,

wenn man Hilfe braucht. Wir sind aber der Meinung, dass die Homepage dieser Ort sein soll und dass es gut ist, da noch weiter dran zu arbeiten. Es ist schon einiges gemacht worden und die Homepage kommt in einem neuen Look daher. Es ist dem Gemeinderat freigestellt, ob er noch etwas persönlicher werden möchte und vielleicht ein sogenanntes Editorial schreiben oder einmal einen Blick in die Abteilungen geben möchte usw..

Wir meinen, dass ein grösserer Aufwand wie Newsletter oder der Ausbau von Social-Media-Kanälen niemals kostenneutral sein kann. Es braucht sehr viel Zeit, wenn man da à jour sein möchte. Auch der Datenschutz z. B. auf Facebook ist nicht einfach einzuhalten. Das wissen wir alle, sind wir Parteien nicht rege auf diesen Plattformen vertreten? Darum von uns ein Nein.

1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Die SP/Grüne-Fraktion wird dem Vorstoss im Rahmen des gemeinderätlichen Antrages zustimmen, d. h. mit als "erledigt abzuschreiben". Wir sehen das Anliegen des Motionärs. Es ist durchaus berechtigt, dass die Gemeinden transparenter werden. Wir erkennen jedoch auch ganz klar die Problematik, dass das Ganze nicht kostenneutral betrieben werden kann. Die Sozialmedien kosten viel Geld.

Wir müssen mit den Leuten in Kontakt treten. Eine Vielzahl von uns macht das in dem sie in ein Restaurant sitzen und mit den Bürgerinnen und Bürger von Angesicht zu Angesicht in Kontakt treten. Andere benutzen dafür lieber die sozialen Netzwerke.

Ich mache beliebt, dass das Parlament die Motion unterstützt. Gemäss gemeinderätlichem Antrag soll die Motion gleichzeitig abgeschrieben werden. Der Spirit resp. der Geist der Motion wird mitgenommen.

Rahel Wagner (EVP): Was ist eine Motion im Unterschied zum Postulat? Eine Motion ist ein verbindlicher Auftrag an den Gemeinderat. Ich brauche Nachhilfeunterricht. Ich zitiere nochmals den Wortlaut der Motion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Newsletter in digitaler Form zu realisieren und die Präsenz in sozialen Netzwerken zu erhöhen.

Bei diesem Wortlaut handelt es sich um einen klaren Auftrag an den Gemeinderat.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich bin auch ein "Elektronik-Junkie". Die Vor- und Nachteile der sozialen Medien sind hinlänglich bekannt. Das Zeitalter der neuen Kommunikationsmöglichkeiten ist unwiderruflich eingeleitet.

Zur Frage von Rahel Wagner (EVP):

- Der Gemeinderat schlägt dem Parlament eine Leichtversion vor. Diese soll in Form eines Newsletters "Das Steinbruchtelegramm" eingeführt werden. Diese neue Informationsquelle soll auf der sozialen Plattform von Twitter der Öffentlichkeit zugeführt werden.
- Das Projektforum von Tram Region Bern hat bei mir den Kragen zum Platzen gebracht. Für Projektvorschläge habe ich verschiedene Termine angeboten. Ein gemeinsamer Besprechungstermin konnte nicht gefunden werden. So wurde ein Experimentierfeld geschaffen. Für die sozialen Netzwerke wird eine 24 Stundenbetreuung notwendig; zur Verhinderung von rechtsradikalen Einträgen etc..

- Die Stadt Bern kann da eine ganze Kommunikationsabteilung zur Verfügung stellen. Die Gemeinden Zollikofen und Köniz führen sporadisch Diskussionen in einem Twitter-Account.
- Auf der Gemeindehomepage wurde das Forum zu Tram Region Bern gesperrt (Rechtsextremismus).
- Ein Twitter-Account soll für Kurznachrichten ins Leben gerufen werden.
- Die bewährten Plattformen existieren bereits. Der Hinweis "Einblick in die Abteilungen" kann entgegen genommen werden.

Der Gemeinderat lehnt die anspruchsvolle Arbeit für die Führung der sozialen Netzwerke aus all diesen Gründen ab. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, das ganze Päckli in einer abge-speckten Version entgegenzunehmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion will sich nicht dem technischen Fortschritt bzw. den sozialen Medien entgegenstellen. Hier sprechen wir von einem typischen "Nice to have". Das Ganze darf heute Abend nicht mit der vorliegenden Motion verknüpft werden.

Rahel Wagner (EVP): Zu meiner Frage betreffend "Motion" gegenüber "Postulat" habe ich noch keine Antwort erhalten. In vielen Fällen hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, eine Motion in abgeschwächter Form als Postulat entgegenzunehmen. Dieser Sachverhalt ist mir verständlich.

Ein bestimmter Auftrag in einer Motion, welcher vom Gemeinderat lediglich in einer reduzierten Version umgesetzt worden ist, kann für mich nicht als erledigt bezeichnet werden. Diesen Sachverhalt müssen wir jedoch heute in den Geschäften Nr. 57 und 58 zur Kenntnis nehmen.

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank für die guten Ausführungen und die Diskussion. Ich möchte die Motion mit der vorliegenden Stellungnahme des Gemeinderates so stehen lassen und nicht in ein Postulat umwandeln. Ein kleiner Schritt in diese Richtung bzw. in die Zukunft kann heute Abend vollzogen werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der Gemeinderat hat beschlossen, dass sogenannte „Steinbruch-Telegramm“ nach aussen zu tragen. Dafür sollen nicht die sozialen Netzwerke (Mehrzahl) zur Anwendung kommen. Die Kurznachrichten werden auf Twitter verlinkt und mit der Plattform "Twitter" hat der Gemeinderat die Anforderungen der Motionäre erfüllt. Die Umsetzung wird in der Botschaft im Verlaufe des Jahres 2015 erwähnt.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 17 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines Gemeinde-Newsletters und den Ausbau der Präsenz in sozialen Netzwerken wird begründet, erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

10.3.72	Motionen
10.0.03	Verordnungen
63.13.05	Gesetze, Dekrete, Vorschriften, Reglemente (früher: 63.151)

59. Motion FDP-Fraktion betreffend mehr KITA-Plätze: Anpassung der Aufnahmekriterien (Art. 7) in der Verordnung für die Kindertagesstätte Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

In der Kindertagesstätte werden in der Regel Kinder ab der 15. Woche bis zum Kindergarten-eintritt aufgenommen. Diese Änderung muss auch für alle subventionierten Plätze in den privaten Kindertagesstätten gelten. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis Ende 2016 die Aufnahmekriterien (Art.7) in der Verordnung für die Kindertagesstätten entsprechend anzupassen.

Begründung

Die Plätze in den örtlichen Kindertagesstätten sind sehr beliebt, deren Kapazität jedoch genauso begrenzt. Die gängige Praxis erlaubt momentan, dass Kinder bis zum Schuleintritt in der Kindertagesstätte aufgenommen werden. Zurzeit sind es etwa 15 Kinder, welche die KITA besuchen und denen das Angebot der Tagesschule ausreichen würde. Um möglichst vielen Kindern einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen zu können, macht es Sinn, diesen Kindern einen Vorrang für einen Tagesschulplatz einzuräumen. Folgende Vorteile bringen diese Änderung:

- Die Altersgrenze, wie sie vorgeschlagen wird, schliesst sich der Altersgrenze an, die der Gemeinderat in der Tagesschulverordnung festgelegt hat.
- Die Altersgrenze klar festzulegen, bedeutet Planungssicherheit für die Kindertagesstätte und die Familien.
- Die Altersgrenze festzulegen, ermöglicht eine kurze Warteliste, wodurch mehr interessierte Familien berücksichtigt werden können.
- Die Gemeinde Ostermundigen hat weniger Ausnahmen bei ihren jährlichen Kindergarten-zuteilungen.
- Durch die Festlegung der Kindertagesstätte-Altersgrenze beim Kindergarteneintritt und die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Tagesschulplatz für Schulkinder nutzt die Gemeinde Ostermundigen die Möglichkeiten in familien- und schuler-gänzender Betreuung maximal aus.
- Die Altersgrenze grundsätzlich bei Kindergarteneintritt festzulegen, ergibt für die Kindertagesstätte betriebswirtschaftliche Optimierungsmöglichkeiten (klare Ausrichtung auf Vorschulkinder).

sig. Tobias Weibel, R. Rutschi

10.3.72 Motionen
13.0.11 Ferienordnung der Gemeinde

60. Motion FDP-Fraktion betreffend Vereinbarkeit von Familie/ Schule/Beruf: Anpassung der Sportferien an die Stadt Bern par- lamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Sportferien ab dem Jahre 2017 der Stadt Bern anzupassen.

Begründung

Die Vereinbarkeit von Familie, Schule und Beruf ist eine grosse Herausforderung der Zeit und muss unserer Gesellschaft vermehrt gelingen. Eltern, deren Kinder in verschiedenen Gemeinden in die Schule gehen, stehen immer wieder vor der unnötigen Situation, dass ihre Kinder nicht zeitgleich Sportferien haben. Von der Harmonisierung profitieren auch die Schulen. Sie haben weniger Verschiebungsgesuche zu behandeln und die Lehrkräfte, welche ebenfalls Kinder in den Schulen der Stadt Bern haben, können gemeinsam ihre Ferien verbringen. Ittigen, Bremgarten und Kehrsatz haben bereits ihre Zeiten an die Stadt Bern angepasst. Längerfristig braucht es regionale Harmonisierungen, damit die Vereinbarkeit gelingt und die Skipisten gleichmässig ausgelastet sind.

sig. Raphael Rutschi, T. Weibel

10.3.74 Interpellationen
63.0.00 Allgemeines

61. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Vernetzung von Angeboten für Familien mit Kindern im Vorschulalter und deren zukünftige Standorte; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

In der Gemeinde Ostermundigen gibt es viele verschiedene Angebote für Vorschulkinder und deren Familien. Diese Angebote werden rege genutzt und sind von zunehmender Bedeutung. Namentlich sind zu erwähnen: Mütter-/Väterberatung, Spielgruppen, regelmässige Treffs der "Schritt: weise" Kinder mit ihren Familien, Muki-Deutschkurs, Ludothek, etc..

Leider sind bis jetzt all diese Angebote an unterschiedlichen Orten untergebracht, was eine Vernetzung sehr erschwert. Zudem fehlt immer noch eine Familienkoordinationsstelle auf Gemeindeebene.

Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten gestaltet sich in Ostermundigen als sehr schwierig. Der Elternverein hat z. B. nach knapp einem Jahr die Suche nach einem neuen Raum für die 6 Spielgruppen und dem Muki-Deutschkurs enttäuscht abgebrochen, und ist wieder zurück in den ehemaligen Raum im Untergeschoss der ref. Kirche gezogen.

Der Bau des neuen Verwaltungszentrums würde die einmalige Möglichkeit bieten, die oben genannten Angebote unter einem Dach unterzubringen. Auf diese Weise könnten die Räumlichkeiten teilweise auch von verschiedenen Organisationen gemeinsam genutzt werden.

Fragen

1. Ist sich die Gemeinde der Wichtigkeit der Vernetzung bewusst und was tut sie konkret, um diese zu fördern?
2. Prüft sie konkret, ob diese Angebote im neuen Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum untergebracht werden können, oder gibt es evtl. alternative Standortmöglichkeiten (aktuelle Verwaltungsgebäude, z. B. "Alpenrösli")?
3. Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf den Standort der Gemeindebibliothek und der Ludothek? Wie lange können diese zwei Institutionen am jetzigen Standort bleiben, bzw. wo werden sie in Zukunft untergebracht?

sig. Priska Zeyer, Ch, Zeyer, R. Kehrl, B. Grossniklaus, C. Nova, R. Mahler, H.R. Burkhalter, A. Burckhardt, A. Thomann, P. Blaser, H. Ögüt, T. Thomann

10.3.75	Einfache Anfragen
10.22.1.50	ZPP/ÜO Nr. 33 „Zentrum Oberfeld“
30.3.22	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen

62. Einfache Anfrage FDP-Fraktion betreffend bevorstehende Bauvorhaben auf den heutigen Fussballplätzen Oberfeld; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

In Ostermundigen wird gebaut. Mit dem „Raumentwicklungs-Wegweiser 2025“ sowie der Haltung von praktisch allen Parteien wird jedoch erreicht, dass dies vorerst in verschiedenen Lücken geschieht und nicht mehr auf Kosten von Feldern und Wiesen passiert. Die grössten der erwähnten Lücken bilden die heutigen Fussballfelder auf dem Oberfeld.

Fragen

1. Welche der bestehenden Fussballplätze sind betroffen (Rüti1 / Rüti2 / San Siro / Hauptplatz)?
2. Wie weit sind die Planungsarbeiten für die vorgesehenen Überbauungen dieser Parzellen bereits fortgeschritten und wie sieht der Zeithorizont aus?
3. Wie geht die Suche nach alternativen Standorten voran und was für eine Infrastruktur ist dort vorgesehen (Kunstrasen, Klubhaus)?
4. Wird eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden in Betracht gezogen und in welchem Ausmass?

sig. Tobias Weibel, R. Rutschi

Persönliche Erklärung

1. Vizepräsident Bruno Grossniklaus (SP): Ich habe, wie ihr vielleicht wisst, eine liberal-konservative Erziehung genossen. Liberal, da sie in der Tradition der humanistischen Aufklärung und dem Ideal des Bildungsbürgertum gestanden ist. Konservativ, weil ihr Grundgerüst ein Bündel von Werten, Idealen und Prinzipien bildet, welches nach meiner Überzeugung einen universell gültigen Kern enthält. Auch liberal-konservativ, da ich dadurch eine Abneigung gegen die Beliebigkeit von Moral und Sitte in unserer Zeit entwickelt habe. Wahrhaftigkeit, manche würden heute Authentizität dazu sagen, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit wurden dadurch Teil meines Lebens. Deshalb bin ich nicht dazu geboren, an der Leine anderer zu folgen.

Philip Rosenthal sagte einmal: „*Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.*“ Nur wenn wir Tag, für Tag, für Tag nach unseren Werten und Idealen streben, können wir sicher sein, dass wir täglich das Minimum an Möglichem erreichen.

Manchmal erfordern die Umstände, dass wir uns für etwas Grösseres selber zurücknehmen. Aber wann nehmen wir uns zurück und wann fangen wir an, unsere Ideale systematisch zu hintergehen? Mein Grossvater lehrte mich, dass man auch ohne Fortunas Gunst oder viel Geld jemand ist. Dafür bin ich dankbar, denn so wurde ich nie zu einem Fähnlein im Wind und habe immer einen Kompass, der mich leitet. Glück- und Vermögenslosigkeit sind entschuldbar, Ehrlosigkeit nicht. Daher komme ich, nach langen Diskussionen mit meiner Familie und mancher wachen Stunde in der Nacht, zum Schluss, dass ich der SP nicht für eine Kandidatur als Ratspräsident 2015 zur Verfügung stehe. Ich bin sicher, dass die SP innert kurzer Zeit einen Ersatz finden wird, welcher die Partei besser repräsentiert, als ich kann... und will. Mit der so eingesparten Energie kann ich mich im Parlament und in der Finanzkommission besser auf meine überparteiliche Sachpolitik konzentrieren.

Lieber bin ich historisch nur eine Querflöte in der Mundiger Symphonie und habe mich stets für die Menschen eingesetzt, als dass ich eine getragene, aber schrill in den Ohren schmerzende, Pfeife bin.

Ratspräsidentin Renate Bolliger (EVP): Damit erkläre ich die heutige Sitzung als geschlossen. Die Diskussionen können im Restaurant "La Favorita" National weitergeführt werden.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Renate Bolliger

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler:

Der Stimmenzähler:

Andreas Burckhardt

Gerhard Zaugg